

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 13. October 1885.

№ 96.

## Der Riese Antäus.

Der Grund, warum der seit den sechziger Jahren eingetretene Rückgang der Landwirthschaft vom Liberalismus lange Zeit verkannt wurde und sogar heute noch von freisinnigen Politikern geleugnet wird, beruht nicht zum Wenigsten in der geringen Fähigkeit des Liberalismus überhaupt, die Besonderheiten des praktischen Lebens und der verschiedenen Berufsarten zu erkennen und zu verstehen. Sein Gang zu Abstractionen, d. h. nach allgemeinen Lehrbegriffen das Leben der Nation zu gestalten, verschließt ihn der Einsicht, daß die von ihm errungenen Freiheiten, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, vollste Veräußerungsfreiheit, nicht nothwendig auch das wirthschaftliche Wohlbefinden des Volkes im Gefolge haben müssen. Noch heute, da doch die wirthschaftlichen Interessen entschieden im Vordergrund stehen, sehen wir ihn in seiner freisinnigen Fassung fast nur politischen Freiheiten nachstreben, und weil es noch wohlhabende Landwirthe und auch Gegenden giebt, in denen die Landwirthschaft unter besonders günstigen Verhältnissen gut gedeiht, so will er von einer Krisis derselben überhaupt nichts wissen und glaubt da, wo der Rückgang klar vor Augen liegt, die Schuld den Einzelnen wegen schlechter Wirthschaft oder zu theurer Bezahlung des Gutes aufbürden zu können.

Nun ist allerdings eine kritische Lage der Landwirthschaft sehr viel schwerer festzustellen, als eine solche der anderen Erwerbszweige. Die Verhältnisse des Landwirths sind nicht so durchsichtig, wie die des Kaufmannes und des Industriellen. Wenn z. B. die jährlichen Rechnungsabschlüsse der Actiengesellschaften der Stahl- und Eisenindustrie vorliegen, so kann jeder sehen, ob das Geschäft gut gegangen ist oder nicht, und wenn, wie es in den letzten beiden Jahren der Fall war, die Zahlen einen Rückgang aufweisen, so weiß jeder, daß eine gewisse Krisis eingetreten sein muß. Der Landwirth ist von Sonne und Wind abhängig und Sonne und Wind sind nicht in allen Landestheilen dieselben. Schon dieser Wechsel erschwert eine klare Uebersicht. Man muß auch nicht den Beweis für die kritische Lage des ländlichen Grundbesitzes erst dann für erbracht ansehen, wenn der Rückgang der Verhältnisse aller Grundbesitzer nachgewiesen wird. Einmal ist das unmöglich und dann beruht das Wesen einer wirthschaftlichen Krisis überhaupt darin, daß alle Wirthschafter des gleichen Berufs mehr oder minder unter gleichen Verhältnissen zu leiden haben. Sehr gut hat Prof. v. Miaszkowski den Eintritt einer wirthschaftlichen Krisis mit dem Ausbruch einer Epidemie verglichen, von welcher ebenfalls nicht alle, sondern nur die schwächeren, weniger widerstandsfähigen oder für die Erkrankung besonders geeigneten Personen befallen und zum Theil hinweggerafft werden.

Daß der Kampf ums Dasein in der Landwirthschaft viel schwerer geworden ist, als früher, geht schon aus folgenden unzweifelhaften Thatsachen hervor: die unter günstigen Produktionsbedingungen erzeugten und billig verschifften Erzeugnisse Osteuropas und der überseeischen Länder bereiten der Landwirthschaft West- und Mitteleuropas eine schwere Concurrenz; die Arbeitslöhne sind bedeutend gestiegen, die Steuern für den Landmann ebenfalls und zwar in stärkerem Verhältniß als bei anderen Berufsarten; die bäuerlichen Wirthschaften waren für das rasche Eindringen des Geldverkehrs zu schlecht vorbereitet und eine dem Gläubiger günstige Substitutionsordnung verschärfte die Gefahr, von Haus und Hof zu kommen; endlich zeichneten sich die siebziger Jahre durch eine Reihe schlechter Ernten aus.

Machen diese Umstände eine Krisis der Landwirthschaft wahrscheinlich, so wird sie zur Gewißheit nach den verschiedenen Erhebungen und statistischen Aufnahmen, welche wir später als andere Länder, nachdem das Unbehagen des Grundbesitzerstandes immer höher gestiegen war, veranstaltet haben. Zweifellos

hat die Verschuldung des Grundbesitzes in den letzten 10 bis 20 Jahren beträchtlich zugenommen, nicht in gleicher Höhe für alle Gegenden und nicht im gleichen Verhältniß für die drei Klassen, großen, mittleren und kleineren Grundbesitz, aber sie hat zugenommen. Diese Entwicklung muß unterbrochen werden, wenn der Krisis nicht eine Katastrophe folgen soll. Freilich giebt es unter den Freisinnigen sogar Theoretiker, welche, obwohl sie diese mißliche Lage nicht bestreiten, ihr doch kühl gegenüberstehen, weil sie meinen, unsere Versorgung mit den nothwendigsten Nahrungsmitteln könne anderen Ländern überlassen bleiben und wir müßten je eher desto besser uns ganz in einen Industriestaat verwandeln.

Diese Theoretiker sind wenigstens consequent, aber um so heillosler ist ihre Verkennung der Bedeutung, welche die Landwirthschaft und namentlich der Bauernstand für den preussischen Staat hat. Es giebt eine alte griechische Fabel von dem Riesen Antäus, welcher ein Sohn der Erde war und nicht besiegt werden konnte, weil ihm seine Mutter immer neue Kraft verlieh, so lange er sich auf die Erde stützte. Als Herkules mit ihm kämpfte, vermochte er ihn nur dadurch zu überwinden, daß er ihn vom Boden aufhob und in der Luft erdrückte. Man hat in dieser Fabel einen tiefen Sinn gefunden und gesagt: der Staat ist der moderne Antäus, lebenskräftig und unzerstörbar, so lange er sich auf den Grundbesitz stützt, hilflos und hinfällig, wenn er diesen Boden unter den Füßen verliert. Sorge jeder Vaterlandsfreund, daß nicht der moderne Herkules den Staat mit seinen Armen umklammere und erdrücke.

## Was die Freisinnigen wollen und — nicht können.

Die „Deutsche Freisinnige Partei“ scheint sich angesichts der bevorstehenden Wahlen wegen des Mangels verwerthbarer Schlag- und Stichworte in großer Verlegenheit zu befinden: die nationalen Parteien bieten ihr in ihren Programmen keinerlei Blöße, die sie für sich ausnutzen könnte, und ihre eigenen „positiven Ziele“ scheinen ihr für eine erfolgreiche Wahlagitation doch nicht völlig ausreichend zu sein. Daher begegnen wir in einem freisinnigen Blatte schon wieder einem Versuch, den Wählern genau auseinander zu setzen, „was sie will und was sie nicht will.“ Im Ganzen ist dies die Aufwärmung des vorjährigen bei der Fusion der Fortschrittler und SeceSSIONisten veröffentlichten Programms. Was dasselbe werth ist, wissen wir schon lange; aber es kann nichts schaden, wenn es angesichts seiner Erneuerung noch einmal in einigen Hauptpunkten in angemessener Weise beleuchtet wird. Es wird sich daraus ergeben, was sie wollen und nicht können.

Die freisinnige Partei will „Festigung der nationalen Einigung Deutschlands.“

Die freisinnige Partei will nicht, daß die Rechte der Volksvertretung (z. B. die Redefreiheit) angetastet werden.

Die Fortschrittler und Freisinnler haben die Politik, die zur Einigung Deutschlands führte, auf das Heftigste bekämpft, gegen die norddeutsche Bundesverfassung und gegen die Verträge mit den süddeutschen Staaten, gegen die Heeresverfassung und gegen die Justizgesetze, also gegen die wesentlichen Grundlagen der nationalen Einheit gestimmt.

Die Rechte der Volksvertretung werden von Niemanden angetastet. Wohl aber sucht die freisinnige Partei das Volk gegen Beschlüsse des Parlaments aufzuheben, wenn ihr diese nicht zusagen.